

*Minuten-Sammlung.*

Flüchtlinge in den Bahnhöfen. Er führt weiters aus, daß er für die Unterbringung dieser Flüchtlinge auch die Stundenhotels ins Auge gefaßt habe. Jedoch hätten die Besitzer dieser Hotels wenig Entgegenkommen gezeigt und in der Nacht oft gar nicht geöffnet. Auch seien die in diesen Hotels verlangten Preise (6 bis 8 K per Zimmer) viel zu hoch.

Magistrats-Direktor Dr. Weiß erklärt, der Polizei-Präsident habe ihm mitgeteilt, er werde die Besitzer der Stundenhotels vorladen und ihnen mitteilen, daß sie Flüchtlingen Schlafstätten um 1 K pro Nacht und Bett auf Grund des Evakuierungsgesetzes vermieten müßten.

Der Bürgermeister erklärt hierauf, man werde eben gegen zuwiderhandelnde Hotelbesitzer mit aller Strenge, eventuell mit der Konzessionsentziehung vorgehen.

Gem.-Rat Dr. Schwarz-Hiller erklärt, es sei die Unterbringung der Flüchtlinge derart eingerichtet, daß die polnischen Bauern und Juden in der Leopoldstadt, die christlichen Flüchtlinge in den äußeren Bezirken untergebracht würden. Doch mangle es dortselbst oft an Raum; trotz aller Verordnungen schiebe die ungarische Regierung die Flüchtlinge einfach nach Wien. Es wäre möglich, zahlreiche Flüchtlinge von Wien abzutransportieren. Das Eisenbahnministerium sollte für das Abtransportieren der Flüchtlinge freie Fahrt gewähren. Es solle versucht werden, Freikarten für die Flüchtlinge zu erlangen und durchzusetzen, daß keine weiteren Flüchtlinge nach Wien dirigiert werden. Obwohl bereits in der Leopoldstadt zirka 70.000 Flüchtlinge seien, wäre auch noch für weitere Flüchtlinge daselbst Platz; jedoch mit der Verpflegung stünde es schlecht. Die jüdisch-orthodoxen Flüchtlinge hätten oft tagelang nichts gegessen, da sie keine rituelle Kost bekämen. Nunmehr sei aber auch in dieser Hinsicht vorgesorgt. Die Volksküchen reichen nicht mehr aus; er rege daher die Errichtung einer großen Volksküche im 1. Kaffeehause im Prater an. Viele Familien seien direkt zerrissen worden. Ein neunjähriger Knabe zum Beispiel sei ganz allein nach Wien transportiert worden. Er ersuche daher den Herrn Bürgermeister, folgenden Punkten sein Augenmerk zuzuwenden:

1. Das Eisenbahnministerium werde dringend ersucht, der Zentralstelle Freikarten für die Flüchtlinge zur Verfügung zu stellen,
2. daß der Flüchtlingszuzug nach Wien aufhöre,
3. daß eine Volksküche im 1. Kaffeehause errichtet werde,
4. daß mit den Stundenhotels eine Verabredung getroffen und
5. daß eine Zusammenstellung der leeren Wohnungen und Zimmer verfaßt werde.

Tausende von unbemittelten Flüchtlingen könnten wieder bemittelt gemacht werden, wenn die unter ihnen befindlichen Staats-, Landes- und Kommunalbeamten und Pensionisten ihre Gehälter, beziehungsweise Pensionen hier ausbezahlt bekämen und wenn die Reservistenansprüche hier flüssig gemacht würden.

Gem.-Rat Dr. Schwarz-Hiller bespricht hierauf die sanitären Zustände auf dem Nordbahnhof. An Ruhr erkrankte Soldaten kommen auf den Bahnhof an und werden auf das allgemeine Klosett geführt, da das Ruhrklosett zu weit entfernt ist.

Gem.-Rat Dr. Schwarz-Hiller erklärt, daß die Zimmerpreise in der Leopoldstadt stark in die Höhe gegangen seien.

Der Bürgermeister verspricht, in dieser Angelegenheit neuerlich mit vollem Hochdrucke zu intervenieren.

Der Bürgermeister teilt weiters mit, daß von Seite einer Reihe von Spitälern des „Roten Kreuzes“ um Einräumung von Begünstigungen beim Bezuge von Gas, Wasser und elektrischen Strom, angesucht worden sei. Diesem Ansuchen sei durch folgenden Stadtrats-Beschluß Rechnung getragen worden.

Magistrats-Direktor Dr. Weiß verliest den Beschluß des Stadtrates vom 17. September 1914, P. Z. 13164:

„Für die Gebäude oder Räumlichkeiten, die von Privatvereinen oder Einzelpersonen der Pflege der vom Kriegsschauplatz verwundet oder krank zurückkehrenden Militärpersonen gewidmet werden, werden folgende Begünstigungen gewährt: Ein Mehrverbrauch an Wasser über die normalmäßig zugewiesene Menge wird nicht angerechnet. Wo nach dem Gesetze eine Normalwassermenge nicht zugewiesen wird, wird von dem Tarifpreise von 20 h per Kubikmeter ein Nachlaß von 50 Prozent gewährt. Beim Bezuge von Gas und elektrischer Energie wird ein Nachlaß von 50 Prozent vom tarifmäßigen Preise (17 h per Kubikmeter Gas und 7 h pro HW-Stunde elektrischer Energie) zugestanden. Wo der Bezug von Wasser, Gas oder elektrischer Energie für die dem obigen Zwecke gewidmeten Gebäude oder Räumlichkeiten nicht gesondert bemessen werden kann, ist der durch den Nachlaß zu begünstigende Verbrauch durch Einschätzung, und zwar tunlichst nach dem Ergebnisse des Vorjahres zu ermitteln.“

Die Konferenz genehmigt einstimmig diesen Vorgang.

Der Bürgermeister teilt weiters mit, daß der Stadtrat über seinen Antrag einen Kredit von einer Million Kronen für den Bau von Spitalsbaracken genehmigt habe. Er habe auch den Bau von Spitalsbaracken genehmigt. Er habe auch beim Ministerpräsidenten dagegen Protest eingelegt, daß die Ruhrkranken nach Wien gebracht werden. Die Regierung habe sich entschlossen, eine Baracke für 1000 Personen in Jedlesees zu errichten. Vorläufig seien die Ruhrkranken im Franz Josef-Spital und in der Marokkanerkaserne im III. Bezirke untergebracht. Es sei beabsichtigt, definitive und provisorische Baracken zu bauen; definitive, weil diese auch nach dem Kriege noch gebraucht werden dürften. Auch im Versorgungsheim seien zwei Pavillons der Spitalspflege gesichert worden.

Die Konferenz stimmt der Bewilligung eines Kredites von einer Million Kronen für den Barackenbau einstimmig zu.

Der Bürgermeister gibt bekannt, daß die im Zentral-Friedhofe zur Beerdigung der im Kriege Gefallenen bestimmte Grabstätte auch als Begräbnisstätte für die Leichen der in Wien gestorbenen deutschen Krieger dienen soll.

Für die in Wien gestorbenen serbischen und russischen Soldaten sei eine andere Stätte im Zentral-Friedhofe bestimmt worden.

Auch mit diesem Vorgang erklärt sich die Konferenz einverstanden.

Der Bürgermeister teilt weiters mit, daß sich aus den Wiener Banken und der Handels- und Gewerbekammer ein Komitee zur Gründung einer Kriegskreditbank gebildet habe. Die Banken stellen 5 Millionen zur Verfügung, die Gemeinde Wien und die Handels- und Gewerbekammer übernehmen eine Ausfallsgarantie von je 2 Millionen Kronen.

Die Konferenz genehmigt die Garantieübernahme seitens der Gemeinde Wien mit Stimmeneinhelligkeit.

Ferner sei die Dotierung des Kreditvereines der Zentral-Sparkassa mit 1 Million Kronen in Aussicht genommen. Diese